

Maier, Hans

Article — Digitized Version

## Demokratie und außenparlamentarische Opposition

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Maier, Hans (1969) : Demokratie und außenparlamentarische Opposition, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 49, Iss. 8, pp. 459-463

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134006>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Demokratie und außerparlamentarische Opposition

Prof. Dr. Hans Maier, München

Wenn Demokratie nach unserer Verfassung parlamentarische Demokratie ist – und dies ist bis in die jüngste Zeit nie ernsthaft bezweifelt worden –, dann wirft die Entstehung einer außerparlamentarischen Opposition die Frage auf, ob diese parlamentarische Demokratie noch allgemeiner Zustimmung gewiß ist. Und wenn diese außerparlamentarische Opposition sich betont und mit Nachdruck als Opposition bezeichnet – ein Name, der verfassungsmäßig nur für die parlamentarische Opposition zutrifft und sinnvoll ist –, dann entsteht die weitere Frage, ob mit den verfassungsmäßigen Strukturen nicht auch die Begriffe unseres politischen Lebens durcheinander geraten sind. Eine Öffentlichkeit, die diesen Wortgebrauch duldet, eine Presse, die ihn sanktioniert, muß sich darüber im klaren sein, daß sie ein zentrales Stück unserer verfassungsmäßigen Ordnung zumindest begrifflich und verbal schon preisgegeben hat, die Tatsache nämlich, daß unsere Demokratie nicht beliebig – etwa rätisch oder ständisch –, sondern eben parlamentarisch verfaßt ist und daß Opposition außerhalb der Parteien- und Parlamentsdemokratie, Opposition gegen den Staat also, ein Unding ist – vergleichbar jenem Widerstand der Bürger gegen sich selbst, den Kant mit Recht gerade für eine Demokratie, die nach den Prinzipien der Volkssouveränität verfaßt ist, als Absurdität bezeichnet hat.

## Krise in der Bundesrepublik

Die Bildung einer außerparlamentarischen Opposition muß vor dem Hintergrund der Entwicklung der Bundesrepublik seit den frühen sechziger Jahren gesehen werden. Diese trägt das Zeichen tiefgreifender gesellschaftlicher und politischer Wandlungen. Kurz und thesenhaft gesprochen: An die Stelle einer von der Abwanderung der mitteldeutschen Bevölkerung nach Westen profitieren-

den, in das westliche Bündnis problemlos-einlinig eingegliederten Bundesrepublik ist ein Staat getreten, der in der innerdeutschen Konkurrenz nicht mehr so eindeutig auf die sichtbare Option der mitteldeutschen Bevölkerung hinweisen kann, da sich der Kampf um die nationale Federführung seit 1961 unter künstlich erschwerten Bedingungen vollzieht und das Ergebnis nicht mehr an der „Abstimmung mit Füßen“ abgelesen werden kann; ein Staat, dessen rechtsstaatliche Ordnung, wie die letzten beiden Jahre erwiesen haben, nicht mehr von allen Bürgern für seine politische Substanz genommen wird; ein Staat, der innerhalb der westlichen Bündnissysteme bilaterale Politik alten Stils zwischen den Zentren Paris, London, Washington betreiben muß; ein Staat, der nach Osten weniger abgesichert ist denn je, ja der gerade während des Prozesses der Lockerungs- und Tauwettererscheinungen innerhalb der kommunistischen Front mit massiven Bedrohungen verbaler Art und vielleicht sogar mit Verletzungen seiner territorialen Integrität zu rechnen hat.

Hieraus ergeben sich die Belastungen und Schwierigkeiten der Politik in unserem Land. Ein Provisorium muß Dauer suchen; ein liberaler Staat muß Planung betreiben; eine repräsentative Demokratie muß „die Einmischung plebiszitärer Mittel“ bedenken; den Usancen behutsam-taktischen Koordinierens schallt der Ruf nach Führung entgegen. Ein Rechtsstaat, geschaffen aus Sicherheitsverlangen gegen totalitäre Willkür, muß nach der Grenze suchen, jenseits derer Wohltat Plage, der Rechtsweg zur Fessel wird, er muß die Weichen umstellen von laissez-faire auf Intervention, vom Individualistischen aufs Soziale – dies in einer weltpolitischen Situation, in der zuviel politische Schwäche wie zuviel Stärke in deutschen Händen von der Umwelt mit gleichem Argwohn angesehen werden.

Sehen wir die Probleme der Demokratie in der Bundesrepublik in diesem Licht, so stellt sich die Frage, welcher Art die Heilmittel sind, die uns die außerparlamentarische Opposition anbietet. Sind sie geeignet, uns aus der gegenwärtigen Vertrauenskrise gegenüber den demokratischen Institutionen herauszubringen? Tragen sie die Möglichkeit einer Weiterentwicklung des parlamentarischen Systems in sich? Oder sind sie im Gegenteil eine Gefahr für unsere Demokratie und ein krisenverschärfendes Element in der gegenwärtigen Lage unserer politischen Institutionen?

### Marxsche Hypothese als Grundlage

Die Elemente ihrer Bewußtseins- und Erwartungshorizonte werden deutlich, wenn man die in den letzten Jahren kräftig ins Kraut geschossene Literatur der außerparlamentarischen Opposition untersucht. Hier wird, auf dem Hintergrund einer teils neomarxistischen, teils neuromantischen Ideologie eine Perspektive der gegenwärtigen Gesellschaft und eine Strategie zu ihrer revolutionären Umformung entwickelt, die man kennen muß, wenn man die oft vordergründigen tagespolitischen Stellungnahmen und die oft zufälligen, happeningähnlichen Aktionen der außerparlamentarischen Opposition verstehen will.

Grundlage und Voraussetzung dieser Gesellschaftsdeutung ist, oft unreflektiert, die klassische Marxsche Hypothese, wonach die Struktur der Gesellschaft durch den Grundwiderspruch von Kapital und Lohnarbeit bestimmt ist, einen Widerspruch, der mit innerer Notwendigkeit zur Revolution treibe und durch keinerlei parlamentarischpolitische Vorkehrungen zu entschärfen sei. Schon in dieser Prämisse wird übrigens – was oft nicht gesehen wird – der demokratische Verfassungsstaat, der Parteienstaat als politischer Steuerungsmechanismus der Gesellschaft relativiert, ja verneint: Ist doch das Politisch-Parlamentarische in dieser Vorstellung nur eine unzulängliche Derivatform des Sozialen. Es gibt demnach auch keine freien Bereiche – Kultur, Religion, Privatsphäre –, die von diesem Grundwiderspruch nicht erfaßt würden, sei es, daß sie unmittelbar den Interessen der „Ausbeuter“ dienen, sei es, daß sie als ideologische Verkleidung, als „Opium“ der Täuschung und Vernebelung der realen Machtverhältnisse dienen. Daher wird in dieser Betrachtung etwa, um ein Beispiel zu nennen, jeder Lehrer, Forscher, Wissenschaftler sogleich zu einem Funktionär des Systems: Nicht was er pädagogisch leistet, was er entdeckt und weitergibt, ist entscheidend, sondern welche Stellung er in einem – als totaler Produktionsprozeß gedachten – System funktionell einnimmt (und nach dieser Theorie auch wider individuelle Einsicht einnehmen muß).

Nun ist diese Reduktion des gesamten Lebens auf Produktionsprozeß und Klassenkampf angesichts der modernen Gesellschaftsentwicklung und ihrer wachsenden Produktion von Freiheitsräumen – Stichwort: Freizeit, soziale Sicherung – so gewaltsam und absurd, daß sie durch eine zweite, nicht minder willkürliche These gestützt werden muß: Demnach „ist der wichtigste Charakterzug der kapitalistischen Gesellschaft . . . daß die Menschen . . . die gesellschaftliche Wirklichkeit nicht adäquat erkennen können . . . Die Verdinglichung des Menschen wird durch die Falschheit seines Bewußtseins vollendet“<sup>1)</sup>. Daher die Zwangsvorstellung einer bewußt zu Zwecken der Bewußtseinstrübung gesteuerten irreführenden Informationspolitik in Presse, Rundfunk, Fernsehen, Politik der Gegenwartsgesellschaft, einer allgegenwärtigen, täglich den Menschen formenden und verführenden „Manipulation“. Da dieser Manipulationsvorgang vor allem die Arbeiterschaft erfaßt hat und sie unfähig macht, ihre wirklichen Interessen zu erkennen, muß der revolutionäre Prozeß sich heute andere Instrumente suchen als das Arbeiterproletariat: Er findet sie in den Menschen der Dritten Welt, die sich gegen ihre ehemaligen Kolonialherren wenden, vor allem aber in den Intellektuellen, den Studenten und Schülern der hochindustriellen Länder. Dabei gehen die Neomarxisten, vor allem Marcuse, davon aus, daß der industrielle Prozeß diese relativ kleine Schicht der Produktionsintelligenz in steigendem Maße unentbehrlich mache. Bilden sich daher aus ihr „revolutionäre Spezialisten“, so ist damit ein ähnlich wirksamer Ansatz zur Umgestaltung der Gesellschaft gewonnen, wie ihn Marx mit dem Aufstand der Exproprierten und der Wirkung der proletarischen Massen plante.

### Verbreiterung des revolutionären Potentials

Diese Umgestaltung der Gesellschaft – die dritte These – kann aber heute angesichts der Differenzierung und Feingliedrigkeit der Gesellschaft nicht mehr in einem einzigen revolutionären Akt, dem dann die Diktatur des Proletariats folgt, vollzogen werden. Vielmehr sind erforderlich eine allmähliche Umgestaltung des Bewußtseins und eine schrittweise durch Provokation und Eroberung voranschreitende Einbeziehung der einzelnen Gesellschaftsbereiche in den sich akkumulierenden revolutionären Prozeß. Das ist der berühmte „lange Marsch“ durch die Institutionen, wie ihn R. Dutschke in Anlehnung an den „Großen revolutionären Marsch“ Maos genannt hat. Er beginnt an den der Infiltration leicht zugänglichen „weichen Stellen“ des Systems: Schulen, Hochschulen, Gewerkschaften, Kirchen, also vorwiegend im vorpolitischen, gesellschaftlichen Bereich, und er

<sup>1)</sup> R. Dutschke: Rororo-Taschenbuch 1043, S. 35.

schreitet von dort weiter zu den politischen Institutionen im engeren Sinn. Vorangetrieben wird er durch Demonstrationen als Kampfinstrumente der Bewußtwerdung, durch systematische Provokation der Autoritäten (der „Herrschenden“, wie man sagt), durch Bildung von Basisgruppen in den umkämpften Bereichen, kurz durch eine dialektisch voranschreitende Verbreiterung des revolutionären Potentials, welche die zu Anfang fehlende Massenbasis, sei es im Wege der Überzeugung, sei es im Wege der Einschüchterung, allmählich gewinnt. Eine wichtige Schubkraft dieser sozialen Bewegung, vor allem bei der Jugend, ist die sexuelle Enttabuisierung und Emanzipation – im Sinne Marcuses dient sie dem Abbau von Herrschaft und der Zunahme des Lustpotentials in der Gesellschaft; faktisch legt sie Schranken nieder und gibt pubertären Neigungen zum Überdies-Stränge-Schlagen die Rechtfertigung des guten politischen Zwecks. Auch das Gewalttabu ist auf diese Weise seit 1967 in unserer Gesellschaft von links durchbrochen worden – nicht nur mit der politischen Rechtfertigungsideologie der „Gegen-gewalt“, sondern unverkennbar auch aus den Antrieben aufgestauten Hasses und psychologischer Feindbilder, die nach Ableitung verlangten.

#### Selbsterfüllte Prophetie

So kommt es – vierte These – zu jener psychologisch-politischen Strategie, die man als selbst-erfüllte Prophetie umschreiben kann. Der Mannheimer Soziologe Rainer M. Lepsius hat sie bereits zu Beginn der Bewegung im Jahre 1967 präzise umschrieben: „Radikale Gruppen unter den Studenten haben bereits eine Aktionsplanung entworfen, die Provokation von Institutionen vor Demonstration von Forderungen stellen. Ihre Parolen sind nicht mehr akzeptabel, sie folgen dem Muster der ‚self-fulfilling prophecy‘, der sich selbst erfüllenden Prophezeiung. Sie behaupten, Polizeiübergriffe, verschleierte Stellungnahmen von Staatsfunktionären, einseitige Berichterstattung in der Presse und ähnliches mehr seien nicht mehr korrigierbare Vorkommnisse, sie seien Ausdruck eines Gesamtcharakters der westdeutschen Gesellschaft. Notstandsgesetzgebung, Wahlrechtsreform, große Koalition, Springer-Presse – Quasi-Monopol im Innern, Stillschweigen gegenüber Vietnam, Teilnahmslosigkeit an den sozialen Revolutionen der Entwicklungsländer, starrer Antikommunismus, Rüstungspolitik nach außen zeigten schlüssig: die westdeutsche Gesellschaft sei autoritär beherrscht, ihre freiheitliche Grundordnung werde ausgehöhlt, ihre demokratische Wertloyalität nicht mehr als verbindliche Norm betrachtet. Sie sei in Verteidigung ihrer obsoleten kapitalistischen Ordnung erneut auf dem Weg einer internationalen Faschisierung.“

Dies ist die Extremposition, die die Chancen, die in den studentischen Demonstrationen liegen, selbst aufhebt. Mit dieser These gerüstet, gelingt immer wieder der Beweis: Man muß nur durch Aktionen die bestehenden Institutionen genügend provozieren, dann werden sie in eben dem behaupteten Sinn reagieren: autoritär und repressiv. Die Prophetie erfüllt sich selbst. Damit aber veraten die Studenten ihrerseits eben das Programm, das sie aufstellen: kritische Analyse der Gegenwart und rationale Diskussion ihrer Veränderung<sup>2)</sup>.“

#### Gefahr der blinden Reaktion

Wie sind die bisherigen Wirkungen der außerparlamentarischen Opposition auf Staat und Gesellschaft in der Bundesrepublik zu beurteilen? Sind von ihr positive Energien der Erneuerung, der Umwälzung veralteter Denkmuster und Institutionen ausgegangen? Ich gestehe, daß ich skeptisch bin. Für einzelne Gebiete, wie die Bildungs- und Hochschulreform, mag man heilsame oder doch jedenfalls wirksame Anstöße konstatieren. Für eine planvolle, in die Bereiche der Infrastruktur und des Regierungssystems ausgreifende Reform dagegen ist die Lage angesichts der vergangenen und gegenwärtigen Unruhen eher schwieriger geworden. Es besteht Gefahr, daß blinde Reaktion an Stelle umsichtiger Reform an Boden gewinnt; daß man Aktionen produziert, ohne zu wissen warum und wozu, einfach um sich Aktionsfähigkeit zu bescheinigen und den Verdacht des Immobilismus zu zerstreuen; daß man ohne Überzeugung reformiert und in der Jagd auf Sündenböcke demagogischen Vereinfachungen anheimfällt; daß man schließlich die Akzente der Reform in die verkehrte Richtung, nämlich die der glatteren efficiency des politischen Betriebs setzt, ohne die plebiszitäre Herausforderung unserer Demokratie ernsthaft zu bedenken und anzunehmen.

#### Blockierung zahlreicher Reformwege

Sieht man die Dinge nüchtern, so muß man feststellen, daß die rebellierenden Gegner unserer Wohlfahrtsdemokratie nicht nur ein Reizklima für Verbesserungen geschaffen haben – was ihr Verdienst bleibt –, sondern daß sie paradoxerweise auch zahlreiche Reformwege, die vor kurzem noch offen schienen, blockiert haben. Das ist der innere Widerspruch einer Revolte, die mit revolutionärem Anspruch „aufs Ganze“ geht und sich der Konkretion und Detailbetrachtung, ohne die Politik nicht auskommt, dem „down to facts“ verweigert. Man kann nicht auf der einen Seite die Verhärtung der

<sup>2)</sup> R. M. Lepsius: Unruhe als Studentenflicht? Bemerkungen zu deutschen Verlegenheiten. In: Stimmen der Zeit, Heft 11, November 1967.

Großen Koalition beklagen und zugleich ihre mögliche Sprengung durch ein relatives Mehrheitswahlrecht noch heftiger ablehnen. Man wird unglaubwürdig, wenn man die Schrecken des Krieges in Vietnam verurteilt, auf der anderen Seite aber selbst „ein, zwei, drei, viele Vietnams“ im eigenen Lande schaffen will. Man gerät in Widersprüche, wenn man Parteidisziplin und Fraktionszwang bekämpft, im eigenen Hochschulbereich jedoch die rostigen Waffen des imperativen Mandats und der Delegation aus dem Arsenal des Ständestaats hervorholt. Und man läuft Gefahr, nicht ernstgenommen zu werden, wenn man einerseits das Parlament als notarielle Stempelstelle gesellschaftlicher Kontrakte zwischen Verbänden und Bürokratie denunziert, andererseits mit der Proklamation eines allgemeinpolitischen Mandats für Zwangsverbände genau in der beklagten Richtung die rätsche oder ständische „Transformation der Demokratie“ weitertreibt.

### Neo-Marxismus auf Vulgärniveau

Im übrigen ist der globale „systemkritische“ Ansatz des Neo-Marxismus eher ein Hindernis als ein Stimulans für Reformen. Er stellt ab auf einen generellen Anti-Institutionen-Affekt, auf ein revolutionäres Alles oder Nichts, ein „tertium non datur“ – während doch Politik als Kunst des Miteinanderlebens just der Ort der Zwischenlösungen und der Vereinigung der Gegensätze ist. Überdies ist der Neo-Marxismus auf seinem jüngsten Weg, der von der Literatur an der Politik vorbei in die Aktion geführt hat, auf ein Vulgärniveau gekommen, das den ernsthaften Adepten dieser kritischen Tradition nur die Distanzierung oder die Selbstverleugnung offenlassen dürfte. Bereits jetzt gleicht der „lange Marsch“ durch die schon Regale füllenden Bestände einer hastig hingeschleuderten Pamphlet- und Kampfliteratur einem Stolpern über Scherben und Abfälle unbewältigter Grammatik. Schließt man von der Sprache der geistigen Äußerung auf die Potenz und Originalität der Rebellen, so ist die Bilanz dürrig. Zu vieles ist austauschbar, zu schwach, ist, bei beträchtlicher Lautstärke, die persönliche Tönung; zu sehr klebt die Sprache an starren Schienen des Vorgedachten. Freilich, „die Aktion“ will nicht sprechen, sondern handeln, literarische Sorgfalt ist nicht ihre erste Sorge. Wo aber das Handeln nur die Blöße des Gedankens deckt, wo die Flucht in die Aktion die Frage, um welche Aktion es sich eigentlich handle, untergehen läßt, wo der Furor teutonicus herrscht und die Atmosphäre von Kinderkreuzzug und Morbus sacer sich verbreitet, da wird die Bodenlosigkeit des politischen Aktivismus nur um so rascher deutlich. Ob wir es noch erleben werden, daß sich die „Bewegung“ auf reale Ziele, auf Erreichbares einübt, statt im Scheitern der Aktio-

nen des Alles oder Nichts das Utopia des Gedankens zu genießen? Daß sie einhält bei dem Gedanken, daß „alle absolute Tätigkeit zuletzt bankrott macht“ (Goethe)? Es wäre ein Sieg humaner Nüchternheit, ein Sieg der Reform über den politischen Aktivismus.

### Verschärfung des Konflikts

Für die nächste Zukunft dürfte sich der Konflikt noch verschärfen, die Abiturientenzahlen werden in den nächsten Jahren erheblich zunehmen; die Kapazitäten der Hochschulen werden für diese Zahl immer weniger ausreichen; ein Ausbau im Tempo der Abiturientenprogression ist kaum vorstellbar. Aber selbst wenn ein energischer Ausbau des Hochschulwesens gelänge, wissen wir nicht, wie sich die beruflichen Marktchancen für die Akademiker in den nächsten Jahren entwickeln werden. In einigen Teilgebieten (Medizin) stoßen sie schon heute an deutliche Grenzen. In der hieraus resultierenden Berufsunsicherheit liegt ein die Radikalisierung fördernder Faktor. Er wirkt besonders dort, wo stark gesellschaftsbezogene, aber laufbahnmäßig und beruflich noch ungenügend institutionalisierte Fächer (Philosophie, Psychologie, Politik, Soziologie) im Studium bevorzugt werden. Auch hier darf die Parole freilich nicht lauten: drosseln – vielmehr gilt es, diese Studiengänge stärker in Beruf und Gesellschaft zu integrieren. Wir holen damit nur etwas nach, was andere hochindustrialisierte Staaten längst vor uns getan haben.

Sicher ist, daß die Jahre 1966–1970 in die Geschichte der Bundesrepublik als die Zeit eingehen werden, in der sich unser Parteiensystem grundsätzlich zu wandeln begonnen hat. In der ersten Nachkriegszeit war ein deutlicher Trend zur Mitte spürbar, ein Abschmelzen der extremen Ränder, ein Ende der Ideologien und Utopien, eine Entwicklung zum Zweiparteiensystem. Heute scheinen wir eine Erfahrung zu machen, die auch Weimar gemacht hat: daß Dauerregieren der Mitte die Ränder stärkt. Zwar neutralisieren sich die beiden Extreme der Rechten und der Linken, aber sie lizitieren sich auch: nichts Gefährlicheres könnte eintreten, als daß linksradikaler Extremismus die Rechte stärkte, das Anwachsen der Rechten wiederum die Linke massierte und provozierte, während die Mittelparteien in Immobilismus und Ratlosigkeit ihre Position zusammenschrumpfen sehen. In dieser Beziehung sind die Vorgänge an den Hochschulen weit über deren Bereich hinaus wichtig als Vorzeichen kommender sozialer Entwicklungen.

Sie bedürfen genauester Beobachtung und intensivster Anteilnahme der gesamten Öffentlichkeit. Zum Schluß stellt sich für unsere Demokratie die Frage nach den möglichen Reformen, nach dem

vernünftigen, über bloße Abwehr hinausgehenden Widerpart. Dazu zwei abschließende Bemerkungen: Es gibt einige Probleme unseres Gemeinwesens, die rasch gelöst werden müssen, wenn sich der Ölfleck der Revolution nicht im bisherigen Tempo weiter ausbreiten soll. Ich nenne nur: die Reform des Parlaments (und damit zugleich der Parteiendemokratie); eine umfassende Reform der Verwaltung; endlich die Heilung der schwerwiegenden Schäden unseres Erziehungs- und Bildungssystems, die man jahrelang vernachlässigt hat, bis sich ein fast undurchdringliches Knäuel von Versäumnissen aufgestaut hat. Dies alles ist notwendig und muß so rasch wie möglich geschehen, schon damit der revolutionäre Protest keinen Schein der Berechtigung vorweisen kann und keinen Zuzug von Anhängern aus Schichten findet, die bisher zur parlamentarischen Demokratie standen.

#### **Notwendige geistige Gegenwehr**

Aber ich sage mit gleichem Nachdruck ein zweites: Noch wichtiger ist die geistige Gegenwehr gegen

das revolutionäre Programm der Verneinung unserer parlamentarischen Demokratie. Denn dies ist, hoffe ich, klargeworden: Der tiefste Antrieb der außerparlamentarischen Opposition kommt nicht aus einer fundierten Einsicht in wirkliche Schäden unseres politischen Systems, die kein Kundiger leugnet, er kommt vielmehr aus einem ebenso irrationalen wie unzerstörbaren Glauben; und eine Selbstreform dieses Systems würde die Behauptungen der außerparlamentarischen Opposition nicht entkräften, weil es ihr letztlich nicht um eine stabile Demokratie, sondern um den Umsturz der bestehenden Ordnung geht. Selbst wenn unsere Demokratie ein Eldorado der Gerechtigkeit, des Friedens und der Ordnung wäre – die außerparlamentarische Opposition würde es, mit geschichtsphilosophischer Lizenz, zu einer Hölle der Manipulation und des Terrors uminterpretieren. Daher ist Reform zwar wichtig, sie genügt aber nicht; sie muß ergänzt werden durch die intensivste geistige Auseinandersetzung und durch die – von jedem einzelnen zu leistende – Überwindung des Irrationalen durch die Kräfte der Vernunft.

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HAMBURGISCHEN WELT-WIRTSCHAFTS - ARCHIVS  
UND DER AKADEMIE FÜR WIRTSCHAFT UND POLITIK

## **HAMBURGER HEFTE**

**für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik**

Herausgegeben von Heinz-Dietrich Ortlieb

Heft 2/3 Heinz-Dietrich Ortlieb

### **Die mißverstandene Revolte**

**Gesellschaftsreform, Hochschulreform  
und Studentenrevolte**

90 Seiten, 1968, Großoktav, Preis brosch. DM 9,80

VERLAG WELTARCHIV GMBH - HAMBURG